



## **Jahresbericht 2021**

THEMEN, FAKTEN UND AKTIONEN

3	<b>MISSION</b> Ein menschenwürdiges Leben für alle auf einem gesunden Planeten ist möglich
4	<b>VORWORTE</b> Walter Hajek und Annelies Vilim
6	<b>THEMEN 2021</b> Multiple Krisen brauchen mehr Engagement : COVID-19 weltweit bekämpfen: Wir sind erst sicher, wenn alle sicher sind : Humanitäre Hilfe im Zeichen multipler, langanhaltender und vergessener Krisen : Zentrale entwicklungspolitische Strategien Österreichs: überfällig
10	<b>ZAHLEN, DATEN UND FAKTEN</b> Österreichs öffentliche Entwicklungshilfeleistungen und Humanitäre Hilfe : Wussten Sie schon, dass ...
12	<b>THEMEN 2021</b> Mit der Agenda 2030 die Welt von Morgen schaffen : Höhere Standards für Internationale Finanzinstitutionen : Entwicklungspolitik stärkt Menschenrechte : Synergien zwischen Wirtschaft und Entwicklung fördern
14	<b>ARBEITSGRUPPEN</b> AG Humanitäre Hilfe : AG Inklusion und Entwicklung : AG Kofinanzierung : AG Landwirtschaft und Entwicklung : AG Migration und Entwicklung : AG Plattform entwicklungspolitische Inlandsarbeit
18	<b>IN AKTION</b> 204 Gespräche : 49 Veranstaltungen : 11 Weiterbildungen : 218 Schriftliche Stellungnahmen : Die Zivilgesellschaft als wichtige Partnerin : SDG Dialogforum 2021 : PR und Öffentlichkeitsarbeit in unsicheren Zeiten : 34 Organisationen in 120 Ländern: Projekte der Mitgliedsorganisationen
25	<b>JAHRESABSCHLUSS 2021</b> Bilanz 2021 : Gewinn- und Verlustrechnung 2021
26	<b>ÜBER UNS</b> Mitgliedsorganisationen 2021 : Kooperationspartnerinnen : Vorstand 2021 : Team
	Impressum 2 : Abkürzungsverzeichnis 26

---

## Globale Verantwortung

Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe –

Dachverband der österreichischen entwicklungspolitischen und humanitären Organisationen

Apollogasse 4/9, 1070 Wien **Telefon** +43 1 522 44 22–0

**Email** office@globaleverantwortung.at **Website** www.globaleverantwortung.at

**FB** facebook.com/globaleverantwortung **LI** linkedin.com/company/globaleverantwortung

**Coverfoto** Taylor Brandon/unsplash.com **Redaktion** Annelies Vilim und Hannah Hauptmann

**Gestaltung** Jürgen Brües/altanoite.com **Druck** Riedeldruck GmbH



# **Ein menschenwürdiges Leben für alle auf einem gesunden Planeten ist möglich**

**G**emeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen setzen wir uns dafür ein, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Das ist gerade jetzt in Zeiten globaler, sich gegenseitig verstärkender Krisen – **COVID-19, KONFLIKTE BZW. KRIEGE, KLIMAKRISE UND STEIGENDE ARMUT** – besonders wichtig und herausfordernd. Nach Angaben der **UNO** sind schon heute 1,6 Mrd. Menschen von diesen multiplen Krisen betroffen, die meisten von ihnen leben in Ländern des Globalen Südens.

Entwicklungspolitik kann einen entscheidenden Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung und zur Bewältigung sowie Abmilderung von Krisen leisten. Entwicklungspolitik verringert Armut und ermöglicht Lebensperspektiven.

Unsere 34 Mitgliedsorganisationen sind in Österreich und in über 120 Ländern weltweit im Einsatz, weil **MULTIPLE KRISEN** und globale Herausforderungen nicht an Grenzen haltmachen. Mit jährlich über 1.000 Projekten und Programmen sichern sie Überleben, setzen positive Dynamiken in Gang, die Lebensbedingungen verbessern, und tragen dazu bei, Menschen Zukunftsperspektiven zu ermöglichen und Regionen krisenfit zu machen. Unsere Mitgliedsorganisationen sind nicht nur dort, wo es brennt, sondern helfen langfristig; auch an Orten, wo sonst niemand mehr ist. Und sie informieren über die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Menschen, die in anderen Regionen der Welt leben.

Als Interessensvertretung unserer Mitgliedsorganisationen haben wir uns zum Ziel gesetzt, im ständigen Dialog mit Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft auf österreichischer wie europäischer Ebene quantitative und qualitative Verbesserungen in der Entwicklungspolitik und ihren Elementen – **ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (EZA), HUMANITÄRE HILFE** sowie **ENTWICKLUNGSPOLITISCHE INLANDSARBEIT UND BILDUNG** – zu erreichen. Das machen wir, indem wir an Konsultationen teilnehmen, zu entwicklungspolitischen und humanitären Themen mündlich wie schriftlich Stellung beziehen, Lösungsvorschläge einbringen, Veranstaltungen organisieren, Kampagnen durchführen, die Öffentlichkeit informieren und als Expertin in entwicklungspolitischen und humanitären Fragen zur Verfügung stehen. Ein Teil unserer Arbeit wird im Rahmen eines Programms von der **AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (ADA)** gefördert.



## Mag. Walter Hajek, MBA Vorstandsvorsitzender 2019–21

**D**as Jahr 2021 war für humanitäre Organisationen besonders herausfordernd und dennoch nur ein Ausblick darauf, was uns in den kommenden Jahren bevorsteht: Mehrere Krisen, die gleichzeitig auftreten und sich ähnlich einer Negativspirale gegenseitig verstärken oder gar bedingen. Klimakrise, Konflikte, Armut und COVID-19 werden den Lebensalltag von Millionen Menschen im Globalen Süden prägen und damit auch die **HUMANITÄRE HILFE**.

2021 war aber auch ein positives Jahr für die österreichische Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe: Die finanziellen Mittel des **AUSLANDSKATASTROPHENFONDS (AKF)** und geringfügig jene der **ADA** wurden erhöht, die österreichische Bundesregierung setzte erstmals einen Sonderbeauftragten für Humanitäre Hilfe ein und die Entwicklung einer *Strategie der Humanitären Hilfe der Republik Österreich* war ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung.

In einer immer stärker verzahnten Welt sind Auswirkungen von Katastrophen und Krisen auch in anderen Erdteilen immer mehr zu spüren. Internationale Lieferketten, Finanzmärkte, die Lebensmittelproduktion und andere globale Systeme sind mittlerweile eng miteinander verknüpft und damit anfälliger für Schocks. Lokale Risiken wie ein neuer Virus werden zu einer globalen Pandemie und globale Risiken wie die Klimakrise haben in jedem Winkel der Erde teils enorme, aber unterschiedliche Folgen. Diese weltweiten Verstrickungen sollten Regierungen im Globalen Norden vor Augen führen, dass zusätzliche Mittel für **HUMANITÄRE HILFE** und **EZA** gleichermaßen eine Investition in die eigene Risikominimierung sind.

Aber auch der humanitäre Sektor an sich benötigt einen Strategiewechsel hin zu wesentlich mehr Investitionen in den Aufbau von schockresilienten Systemen, antizipativer Hilfe und Katastrophenvorsorge. Es gilt, lokale Akteur\*innen, die als erste bei Krisen vor Ort helfen, zu stärken, um **HUMANITÄRE HILFE** und **EZA** insgesamt noch unabhängiger, effizienter und nachhaltiger zu machen.

Klar ist, dass die globalen Herausforderungen unserer Zeit globale Antworten benötigen. Dafür braucht es globale Solidarität. Und es braucht weitere Maßnahmen der Regierung, mit denen sie die finanziellen und inhaltlichen Rahmenbedingungen für **HUMANITÄRE HILFE** und **EZA** verbessert – dafür wird sich die **AG GLOBALE VERANTWORTUNG** auch in Zukunft mit aller Kraft einsetzen.

Ich bedanke mich nach zwei Jahren als Vorstandsvorsitzender der **AG GLOBALE VERANTWORTUNG** bei Annelies Vilim und ihrem Team für die hervorragende Arbeit und wünsche dem Dachverband viel Erfolg sowie Kraft für die Herausforderungen der kommenden Jahre.

A handwritten signature in black ink, which reads 'Walter Hajek'.

## Mag.<sup>a</sup> Annelies Vilim Geschäftsführerin



FOTO AG GLOBALE VERANTWORTUNG

**D**as Jahr 2021 begann mit guten Nachrichten über die Zulassung zweier Impfstoffe. Jedoch erfüllte sich die Hoffnung auf ein schnelles Ende der Pandemie nicht, ein weiteres Jahr geprägt von COVID-19 folgte. Gleichzeitig stieg Armut weltweit wieder an, während Konflikte zunahmen, etwa in Afghanistan oder zuletzt der Krieg in der Ukraine.

Die Dominoeffekte des Krieges in der Ukraine haben massive Auswirkungen: Nicht nur Energiepreise, auch Lebensmittelpreise werden aufgrund fehlender Weizenexporte aus der Ukraine explodieren. Vor allem in Ländern Afrikas, in denen die Klimakrise bereits zu massiven Ernteausschlägen etwa aufgrund von Dürreperioden führt, drohen deshalb Hungersnöte. Manche sprechen sogar von einem *Hungertsunami*. Das wiederum könnte fragile Staaten weiter unter Druck bringen, zumal viele von ihnen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie noch längst nicht überwunden haben. So schätzt die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agricultural Organization, **FAO**), dass die Zahl hungernder Menschen auf eine Milliarde steigen wird. Armut und Hunger, Chancen- und Perspektivlosigkeit sind wiederum Ursachen für Konflikte und wirken destabilisierend auf ganze Gesellschaften.

Um einen Vergleich zu bedienen: Schutz vor Feuer besteht nicht allein aus Feuerlöschen. Nur umfassende und präventive Brandschutzmaßnahmen bieten wahren Schutz. Daher gilt es, die beschriebenen Dominoeffekte zu stoppen, damit sie nicht noch weitere Krisen und Konflikte auslösen; damit nicht noch mehr Millionen Menschen verarmen und hungern.

Alle Regierungen, auch die österreichische, sind daher aufgefordert, mehr Maßnahmen zu ergreifen, um multiplen Krisen entgegenzuwirken, ihre Auswirkungen abzumildern und menschliche Not zu lindern, Menschen Schutz zu bieten und Menschenrechte zu sichern. Multiple Krisen machen einmal mehr deutlich, dass wir alle in einer Welt leben und voneinander abhängig sind, egal wo wir leben. Letztlich werden wir als Menschheit diese Krisen nur gemeinsam bewältigen können. Mehr denn je gilt es, die **AGENDA 2030** und ihre 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, **SDGs**) rasch umzusetzen und mehr Mittel sowie die entsprechenden politischen Maßnahmen dafür bereitzustellen.

Mein herzlicher Dank gilt den engagierten Mitarbeiter\*innen in den Mitgliedsorganisationen und Arbeitsgruppen sowie den Vorstandsmitgliedern, Kooperationspartnerinnen und ganz besonders meinen Kolleg\*innen im Team der **AG GLOBALE VERANTWORTUNG** für ihr tägliches unermüdliches Engagement für eine faire Welt und ein menschenwürdiges Leben für alle. Denn nur das kann unser Ziel als Menschheit sein.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Annelies Vilim'.

## **Multiple Krisen brauchen mehr Engagement: Österreichs Entwicklungspolitik bleibt verbesserungswürdig**

**D**ie österreichische Bundesregierung bekennt sich in ihrem Regierungsprogramm 2020-2024 unter anderem zu einer schrittweisen Erhöhung ihrer öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (Official Development Assistance, **ODA**) in Richtung des international vereinbarten Ziels, 0,7% des **BRUTTONATIONALEINKOMMENS (BNE)** für Entwicklungshilfeleistungen zur Verfügung zu stellen. Obwohl die Regierung 2021 die bilateralen Mittel, den **AUSLANDSKATASTROPHENFONDS** und die Mittel für Inlandsarbeit und Bildung erhöhte, zählte Österreich 2021 mit einer **ODA**-Quote von 0,31% zu den Schlusslichtern Europas und bleibt weit vom 0,7%-Ziel entfernt (vgl. S. 13).

In Anbetracht multipler Krisen appellierten wir daher mehrfach in Gesprächen, Briefen und Pressekonferenzen an die Bundesregierung, die Mittel weiterhin zu erhöhen. Wir schlugen beispielsweise vor, zusätzlich 200 Mio. Euro – also jene Summe, die Österreich ein Tag Lockdown kostet – für Länder des Globalen Südens zur Verfügung zu stellen. Denn um COVID-19 weltweit zu besiegen oder multiplen Krisen entgegenzuwirken, braucht es wesentlich mehr Mittel, die über kurzfristig geschnürte Hilfspakete hinausgehen: Beispielsweise Investitionen in Katastrophenvorsorge oder in den Ausbau von Gesundheits- und Bildungssystemen, in inklusive und langfristige Programme zur Armutsbekämpfung oder um Ernährungssicherheit zu erhöhen – damit künftige Krisen und Katastrophen rechtzeitig verhindert werden können.

Die Auswirkungen multipler Krisen auf Menschen in Ländern des Globalen Südens brachten wir beispielsweise auch in die Konsultationsprozesse zum *Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungspolitik 2022-2024*, zur *Strategie für die Humanitäre Hilfe der Republik Österreich* oder zum *Masterplan Rohstoffe 2030* ein. Wir setzten den Dialog mit Stakeholder\*innen für eine ambitionierte Umsetzung der **AGENDA 2030** sowie für die konsequente Einhaltung der Menschenrechte fort, machten darauf aufmerksam, besonders auf vulnerable Gruppen – Frauen, Kinder, alte Menschen sowie Menschen mit Behinderungen – Rücksicht zu nehmen und mahnten die Umsetzung des Regierungsprogramms ein.

Letztlich enttäuschte das von der Regierung im Herbst vorgelegte Budget für 2022 mit stagnierenden bilateralen Mitteln auf niedrigem Niveau. Es konterkariert das Regierungsprogramm, obwohl Österreich im Vergleich zu anderen Staaten ohnehin auffallend wenig in **EZA** investiert: 2021 stellte Österreich dafür laut Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development, **OECD**) knapp 65 Euro pro Kopf zur Verfügung, während Dänemark 275 Euro und Schweden fast 323 Euro pro Einwohner\*in für **EZA** bereitstellten.



## **COVID-19 weltweit bekämpfen:** *Wir sind erst sicher, wenn alle sicher sind*

**S**eit Beginn der Pandemie betonen wir die internationale Dimension von COVID-19. Die Auswirkungen der Pandemie sind nicht nur bei uns dramatisch, sondern ganz besonders für die ärmsten Menschen in Ländern des Globalen Südens. Diesen Ländern fehlen oft die nötigen Ressourcen und Strukturen, um die Pandemie zu bekämpfen, ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen abzumildern sowie ihre Bewohner\*innen zu impfen. Beispielsweise stehen in Äthiopien gerade einmal drei Spitalsbetten pro 10.000 Einwohner\*innen zur Verfügung, während es in Österreich über 75 Spitalsbetten sind. COVID-19 zeigt bestehende Ungleichheiten nicht nur auf, sondern vergrößert sie.

Während in vielen Ländern des Globalen Nordens 2021 bereits großflächig geimpft wurde, war dies in Ländern mit niedrigen oder mittleren Einkommen nicht der Fall – in denen jedoch fast 85% der Menschen leben. Für Regierungen dieser Länder waren und sind Impfstoffpreise vielfach zu hoch, um genügend Impfstoff für ihre Bewohner\*innen zu kaufen.

So waren Mitte August 2021 beispielsweise erst 2% der afrikanischen Bevölkerung vollständig gegen COVID-19 immunisiert, in Europa hingegen über 42%. Auf diese unmoralische und gefährliche Schiefelage haben wir 2021 wiederholt hingewiesen. Denn neben moralischen Verpflichtungen und wirtschaftlichen Gründen, Länder des Globalen Südens zu unterstützen, gibt es auch medizinische Gründe: Je länger ein Virus auf der Welt wüten kann, desto mehr Mutationen kann es entwickeln, gegen die wie-

derum neue Impfstoffe entwickelt werden müssen. Daher starteten wir am Weltgesundheitstag, dem 6. April 2021, die Kampagne *Wir sind erst sicher, wenn alle sicher sind*. Denn klar ist, COVID-19 besiegen wir nur weltweit oder gar nicht. Um weltweites impfen zu ermöglichen, gilt es leistbare und ausreichend Impfstoffe zur Verfügung zu stellen sowie gerecht zu verteilen.

Weil die besten Impfstoffe allerdings wertlos sind, wenn sie nicht verabreicht werden können, appellierten wir an die österreichische Bundesregierung, dafür zu sorgen, weltweites Impfen nicht nur mit Impfstoffspenden voranzutreiben, sondern mit entsprechend finanzierten Impfbegleitprogrammen: Es gilt, alle Menschen – auch vulnerable sowie Bewohner\*innen städtischer Slums, abgelegener Regionen oder von Kriegsgebieten – zu informieren und zu mobilisieren. Auch die aufwändige Logistik sowie Administration (etwa Impfstofflager, Kühlketten, Gesundheitssysteme und ausreichend ausgebildetes Personal) stellt viele arme Länder vor enorme Herausforderungen.

Letztlich sind Regierungen aufgerufen, Länder des Globalen Südens dabei zu unterstützen, resiliente und inklusive Gesundheitssysteme aufzubauen, damit Pandemien keine Chancen mehr haben. Und es braucht Maßnahmen zur Stabilisierung von Gesellschaft und Wirtschaft sowie Programme zur Förderung von Bildung und Ausbildung in diesen Ländern. Dazu kann und soll Österreichs Entwicklungspolitik einen Beitrag leisten.



FOTO WORLD VISION

## *Humanitäre Hilfe im Zeichen multipler, langanhaltender und vergessener Krisen*

Der Bedarf an **HUMANITÄRE HILFE** hat einen alarmierenden Höchststand erreicht: Laut **UNO** waren 2021 weltweit über 250 Mio. Menschen, also jeder 29. Mensch, in einer humanitären Notsituation. Ihre Zahl wird sich angesichts multipler Krisen weiter erhöhen.

Ob nach einem Erdbeben, in umkämpften oder entlegenen Gebieten: **HUMANITÄRE HILFE** sichert das Überleben von Menschen in Not, insbesondere von vulnerablen Gruppen, und sorgt beispielsweise für medizinische Versorgung, dringend benötigtes Essen, sauberes Wasser oder ein Bett zum Schlafen.

Die Bundesregierung hat den **AKF** erhöht, der bis Ende der Legislaturperiode 60 Millionen Euro betragen soll, und einen Sonderbeauftragten für **HUMANITÄRE HILFE** eingesetzt. Sie hat mehrmals Sondermittel zur Verfügung gestellt, etwa für Afghanistan oder zuletzt für die Ukraine. Jedoch braucht es in Anbetracht des steigenden Bedarfs und der Tatsache, dass Krisen mittlerweile viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte

dauern (wie es zum Beispiel in Syrien oder im Südsudan der Fall ist), mehrjährige und planbare Hilfe über einmalige Sondermaßnahmen hinaus. Auf Krisen jenseits des medialen Rampenlichts darf nicht vergessen werden; auch Menschen in diesen Ländern brauchen Hilfe. Daher ermuntern wir die Regierung, es nicht bei den bisherigen Aufstockungen des **AKF** zu belassen. Denn trotz Erhöhungen war Österreichs **HUMANITÄRE HILFE** 2021 mit weniger als 11 Euro pro Kopf im Vergleich zu anderen Ländern gering.

Anfang 2021 konnten wir die Regierung dazu bewegen, den Teil der Mittel aus dem **AKF**, der über österreichische humanitäre Nichtregierungsorganisationen (**NROs**) gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen vor Ort abgewickelt wird, frühzeitig und auf einmal zu beschließen. Dadurch war es unseren humanitären Mitgliedsorganisationen auch erstmals möglich, ihre Hilfseinsätze frühzeitig zu planen. Wir setzten uns dafür ein, dass dies in den kommenden Jahren ebenfalls möglich sein wird.

# Zentrale entwicklungspolitische Strategien Österreichs: überfällig

**D**ie Bundesregierung erarbeitete im Jahr 2021, wie in ihrem Regierungsprogramm 2020-2024 festgelegt, zwei zentrale strategische Dokumente:

- das *Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2022 - 2024* und
- eine *Strategie der Humanitären Hilfe der Republik Österreich*.

In Stellungnahmen an das **BMEIA** und in Gesprächen empfahlen wir unter anderem, das *Dreijahresprogramm*

- konsequenter an der **AGENDA 2030** auszurichten,
- einen Fokus auf Armutsbekämpfung zu legen,
- die Gesamtstaatlichkeit des Programms zu verbessern,
- Inklusion systematischer zu integrieren,
- entwicklungspolitische Inlandsarbeit und Bildung aufzuwerten sowie
- die Zivilgesellschaft in Österreich und in den Partnerländern zu stärken.

Wir schlugen vor, die Finanzierung der im *Dreijahresprogramm* skizzierten Maßnahmen gesetzlich abzusichern, Mittel zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit zu erhöhen und mahnten in Anlehnung an das Regierungsprogramm einen Stufenplan zur Erreichung des international vereinbarten 0,7%-Ziels ein.

In unseren Stellungnahmen zur *Strategie der Humanitären Hilfe der Republik Österreich*

- forderten wir die Regierung unter anderem auf, in der Strategie endgültig eine planbare, vorausschauende und mehrjährige Finanzierung **HUMANITÄRER HILFE** zu verankern, was bislang nicht geschehen ist;
- regten wir verlässliche Ausschüttungen aus dem **AKF** für österreichische **NROs** zu Jahresbeginn an, um ihnen eine bessere Planung zu ermöglichen;
- schlugen wir vor, grundlegende Ansätze und Prinzipien, wie den menschenrechtsbasierten Ansatz im *Mission-Statement*, sowie zentrale internationale Verpflichtungen, beispielsweise die *UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen*, zu ergänzen;
- regten wir an, den Stellenwert lokaler Partner\*innen stärker zu betonen, vulnerable Gruppen systematischer zu integrieren und darzulegen, wie und mit welchen Budgetmitteln die Strategie umgesetzt werden soll.<sup>1</sup>

Einige dieser Punkte dürften sich in den überarbeiteten Entwürfen spiegeln, darunter beispielsweise unser Hinweis, konkreter im Dreijahresprogramm zu beschreiben, wie Österreich Auswirkungen der Pandemie auf Menschen im Globalen Süden mindern möchte.

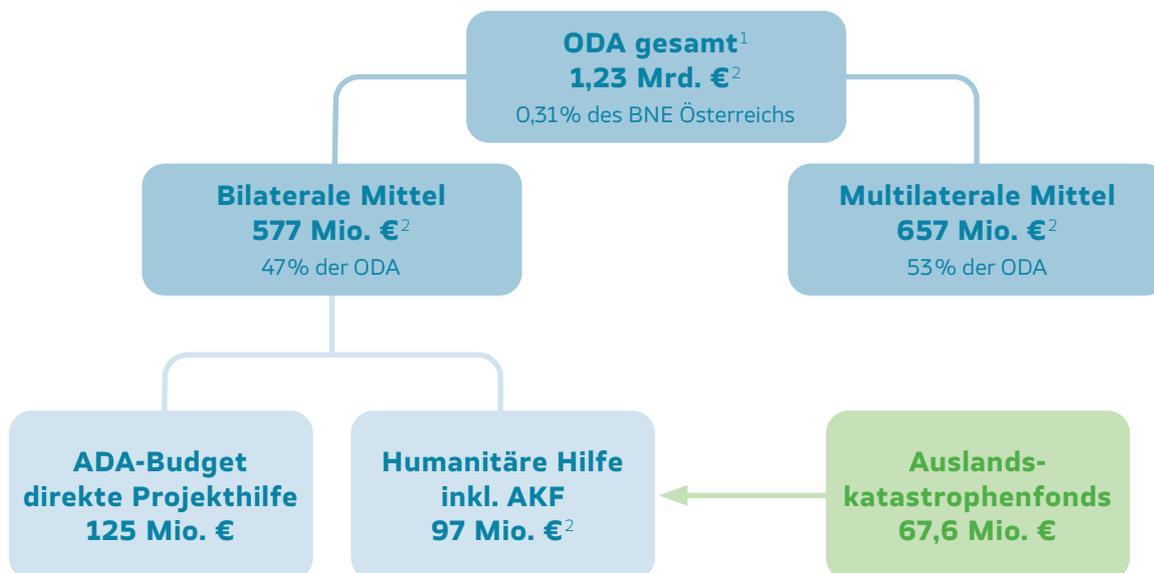
FOTO WORLD VISION



<sup>1</sup> Diese zentralen entwicklungspolitischen Dokumente hätten bis Ende 2021 beschlossen werden sollen, doch ist ihr Beschluss im Juni 2022 noch immer ausstehend.

# Österreichs öffentliche Entwicklungshilfeleistungen und Humanitäre Hilfe

Struktur der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (ODA)



Laut **OECD** ist Österreich mit einer vorläufigen **ODA**-Quote von 0,31% – jenem Anteil seines Bruttonationaleinkommens, den der Staat für öffentliche Entwicklungshilfeleistungen zur Verfügung stellt – auch im Jahr 2021 weit vom international vereinbarten 0,7%-Ziel entfernt. Trotz Erhöhungen in einigen Bereichen entspräche diese Quote einer Steigerung von nur 0,01% gegenüber 2020.

Den größeren Teil der **ODA** (53%) vergab Österreich als multilaterale Mittel an internationale Organisationen (z.B. jene der **UNO**), Internationale Finanzinstitutionen (**IFIs**, z.B. Entwicklungsbanken) sowie an die **EU** zur

Finanzierung von **ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT** und **HUMANITÄRE HILFE**. Der geringere, bilaterale Teil (47%) ging unter anderem an Partnerländer und an die **ADA**. Die Mittel der **ADA** aus dem Bundesbudget betragen 2021 rund 125 Mio. Euro; 10,7 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Mit ihrer direkten Projekthilfe richtet sich die **ADA** an jene Menschen, die sie am dringendsten benötigen und macht – ähnlich einer Visitenkarte – Österreichs Engagement in der Welt sichtbar.

Die Mittel des **AKF** sind Teil der **HUMANITÄREN HILFE** Österreichs, mit denen der Staat bei humanitären Krisen und in Katastrophenfällen im Ausland unterstützt.

**Wussten Sie schon, dass ...** • ... das **FLÜCHTLINGSHILFSWERK** der **UNO** Ende 2021 über 90 Mio. Flüchtlinge weltweit zählte?<sup>3</sup> 2021 unterstützte Österreich den **UNHCR** mit 29,8 Mio. US-Dollar, während Dänemark 3,4 Mal und Schweden über vier Mal mehr Mittel bereitstellte?<sup>4</sup> • ... 811 Mio. Menschen hungern<sup>5</sup> und ihre Zahl auf eine Milliarde anzusteigen droht? Österreich hat 2021 gerade einmal 18 Mio. Euro für das UNO-Welternährungsprogramm (**WFP**) bereitgestellt, Dänemark hingegen das Drei- und Schweden sogar das Fünffache<sup>6</sup>.

<sup>1</sup> In Grant Equivalent

<sup>2</sup> OECD.Stat (2022): Total flows by donor (ODA+OOF+Private) DAC 1

<sup>3</sup> Im Mai 2022 stieg die Anzahl schutzsuchender Menschen erstmals auf über 100 Millionen. Siehe UNRIC (23.05.2022); UNHCR: Erstmals

mehr als 100 Millionen Flüchtlinge

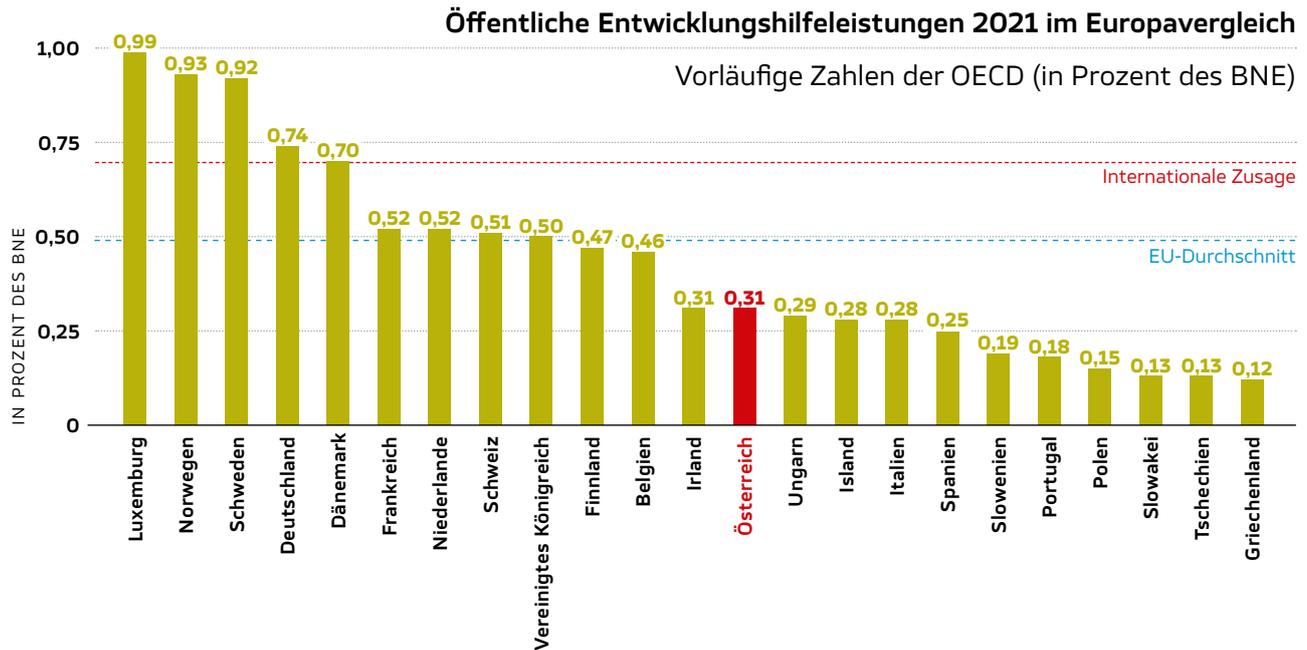
<sup>4</sup> UNHCR (Stand 23.05.2022): Contributions 2021

<sup>5</sup> FAO (2021): The State of Food Security and Nutrition in the World 2021

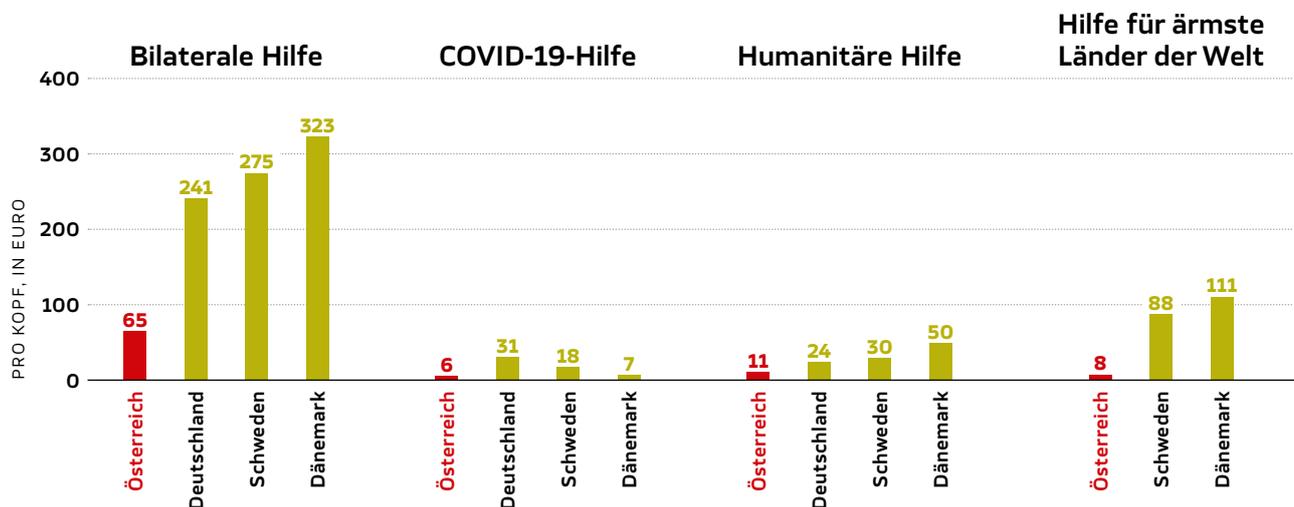
<sup>6</sup> WFP (Stand 28.04.2022): Contributions to WFP in 2021

## Wussten Sie schon, dass ...

- ... Österreich mit seinen öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen im Vergleich mit anderen europäischen OECD-Staaten gerade einmal einen Platz gegenüber 2020 vorgerückt ist? Laut vorläufiger Zahlen der OECD für 2021 erreicht Österreich als eines der reichsten Länder der Welt nicht einmal die durchschnittliche Quote von 0,49% aller EU-Staaten.<sup>2</sup>



- ... Österreichs öffentliche Entwicklungshilfeleistungen 2021 trotz Erhöhungen auch im Pro-Kopf-Vergleich mit anderen Ländern ernüchternd ausfallen? Mit Blick auf Detailausgaben hat Österreich pro Einwohner\*in fast fünf Mal weniger für COVID-19-Hilfe als Deutschland und fast fünf Mal weniger für **HUMANITÄRE HILFE** als Dänemark zur Verfügung gestellt.<sup>2</sup> Für Menschen in den ärmsten Ländern der Welt hat Österreich gerade einmal 8 Euro pro Kopf ausgegeben, Dänemark hingegen fast 88 Euro und Schweden 111 Euro. Und das, obwohl der Bedarf an internationalem Engagement durch multiple Krisen deutlich gestiegen ist.



## Mit der **AGENDA 2030** die Welt von Morgen schaffen

In Zeiten globaler, sich gegenseitig verstärkender Krisen scheint die weltweite Umsetzung der **AGENDA 2030** und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung ins Wanken zu geraten. Dabei sind Staaten, Gemeinden und Unternehmen gerade jetzt gefragt, sich am Aktionsplan der **UNO** zu beteiligen, um Armut zu beseitigen, Umwelt zu schützen und nachhaltiges Wirtschaften sicherzustellen. Denn die COVID-19-Pandemie hat in vielen Ländern niedrigen oder mittleren Einkommens Jahrzehnte entwicklungspolitischer Erfolge zunichte gemacht: Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind gestiegen, während die Lebensbedingungen vulnerabler Gruppen prekärer geworden sind.

Es geht also nicht mehr nur um eine bloße Erholung nach der Coronakrise, sondern darum, strukturelle Ungleichheiten zu beseitigen und die Welt besser sowie nachhaltiger zu gestalten. Oder wie es UN-Generalsekretär António Guterres formulierte: *Building Forward Better*. Eine ambitionierte Umsetzung der **AGENDA 2030** ist aktuell so dringend und nötig wie noch nie, ihr innovatives Potenzial sollte zu unser aller Wohl genutzt werden.

In Österreich kam 2021 Dynamik in die Umsetzung der **AGENDA 2030**. Einige im **FREIWILLIGEN NATIONALEN BERICHT ZUR UMSETZUNG DER NACHHALTIGEN**

**ENTWICKLUNGSZIELE/SDGS (FNU)** genannten Punkte wurden teilweise realisiert: Parlamentarier\*innen diskutierten den **FNU** im Plenum, in diversen Ausschüssen und planten weitere Schritte, während die Regierung die *Interministerielle Arbeitsgruppe zur Umsetzung der AGENDA 2030* auf Verwaltungsebene durch eine Steuerungsgruppe stärkte und den Dialog mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft intensivierte – alles Punkte, die wir seit langem vorschlugen.

Dennoch erinnerten wir politische Entscheidungsträger\*innen und andere Stakeholder\*innen immer wieder daran, dass weitere Vorschläge und Punkte aus dem **FNU** sowie dem Rechnungshofbericht auf ihre Umsetzung warten, globale Herausforderungen jedoch keinen weiteren Aufschub erlauben.

Dazu gehört beispielsweise unser Vorschlag, die **SDGs** in den Wirkungszielen des Bundes zu berücksichtigen (**SDG-Budgeting**) oder zu überprüfen, ob Gesetze und Maßnahmen zur Erreichung der SDGs beitragen (**SDG-Fitnesschecks**). Und natürlich: Parlament, Zivilgesellschaft und Wissenschaft strukturiert in die Umsetzung der **AGENDA 2030** einzubinden und diese – wie auch die Öffentlichkeit – über den Stand der Erreichung der Ziele (inklusive einer Lückenanalyse) zu informieren.

## Internationale Finanzinstitutionen: **Höhere Standards**

Laut vorläufiger Zahlen für 2021 der **OECD** betrug Österreichs Ausgaben für Beteiligungen an **INTERNATIONALEN FINANZINSTITUTIONEN**, also multilaterale und regionale Entwicklungsbanken, *Internationaler Währungsfonds* und andere Fonds zur Entwicklungsfinanzierung, 228 Mio. Euro. Eine Summe, die etwa 20 % der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs entspricht, weshalb wir Verbesserungen auch bei den **IFIs** im Sinn der **AGENDA 2030** anregen.

Zum Beispiel ersuchten wir die *Asian Infrastructure Investment Bank*, die 2021 ihre Umwelt- und Sozial-

standards überarbeitete, ihre Beschwerdemechanismen zu verbessern und ihre Gender-Policy weiterzuentwickeln.

Angesichts ihres neu eingerichteten Geschäftsberichts für Entwicklungsfinanzierung schlugen wir der *Europäischen Investitionsbank* vor, mit ihren Projekten dezidiert nachhaltige Entwicklung zu fördern. Die Bank erarbeitete einen neuen sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsrahmen, der allerdings enttäuschte, da er hinter üblichen Menschenrechtsstandards zurückblieb.

## Entwicklungspolitik stärkt **Menschenrechte**

Weltweit brachte die COVID-19-Pandemie, verstärkt durch Konflikte und Klimakrise, Menschenrechte sowie Zivilgesellschaft weiter unter Druck und drängte mehr Menschen in Armut. Ein Teufelskreis, denn Armut begünstigt Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung. Wer arm ist, dem werden grundlegende Rechte wie der Zugang zu Nahrung, Gesundheit, Bildung oder sozialer Teilhabe verwehrt.

Damit in Kakaoplantagen Westafrikas keine Kinder mehr schufteten müssen oder Felder von Kleinbäuer\*innen nicht länger industrieller Landwirtschaft zum Opfer fallen, bringen wir laufend Empfehlungen ein, etwa im Rahmen Österreichs dritter *Universeller Menschenrechtsprüfung* im Jänner 2021 vor dem UN-Menschenrechtsrat. Zudem regten wir an, dass Österreich die Konvention Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation für den Schutz der Rechte indigener Völker ratifizieren möge.

Wir unterstützten die Petition *Menschenrechte brauchen Gesetze! Damit Lieferketten nicht verletzen*, die am *Welttag der Sozialen Gerechtigkeit* am 20.02.2021 startete. Auf nationaler, EU- und UN-Ebene setzten und setzen wir uns für verbindliche Regeln ein, die dafür sorgen sollen, dass international agierende Unternehmen entlang ihrer globalen Lieferketten Menschenrechte schützen und Umweltstandards einhalten.

Am *Welttag der Menschenrechte* am 10.12.2021 veröffentlichten wir mit anderen Organisationen einen zivilgesellschaftlichen Bericht über Österreichs Pflichten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte weltweit zu verwirklichen. Darin schlugen wir der Bundesregierung unter anderem vor, für mehr Steuertransparenz zu sorgen oder die systematische Umsetzung des Menschenrechtsansatzes in der Entwicklungspolitik mittels Indikatoren zu messen.

## **Synergien** zwischen *Wirtschaft und Entwicklung fördern*

Die Umsetzung der **AGENDA 2030** kann nur gelingen, wenn Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft zusammenarbeiten. (Österreichische) Unternehmen, die direkt oder indirekt entlang ihrer Wertschöpfungskette in Ländern des Globalen Südens tätig sind, beeinflussen nicht nur die Lebens- und Arbeitsbedingungen dort lebender Menschen, sondern können durch innovative Lösungen einen Beitrag zur Umsetzung der **AGENDA 2030** leisten. Sie können und sollen ein wichtiger Motor für nachhaltige Entwicklung sein.

Um Unternehmen zur Umsetzung der **AGENDA 2030** zu inspirieren, fördern wir gezielt den Austausch

mit ihnen und ihren Vertretungen sowie Kooperationen zwischen entwicklungspolitischen Organisationen und Unternehmen im Sinne von **SDG 17** (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele). Setzen Unternehmen und entwicklungspolitische **NROs** ihre komplementären Kompetenzen gezielt ein und entwickeln Projekte gemeinsam, kann das große Potenzial der dabei entstehenden Synergien zu einem gesellschaftlichen Mehrwert führen.

Im Juni 2021 luden wir gemeinsam mit der **WKO** zum Online-Forum *Digital Solutions and Innovative Partnerships for Global Health*. Zahlreiche Vertreter\*innen von Wirtschaft und Zivilgesellschaft diskutierten darüber, wie digitale

Lösungen dazu beitragen könnten, unter anderem die vier A – *Availability, Affordability, Awareness* und *Acceptability* – zu ermöglichen, die in Ländern des Globalen Südens häufig nicht gegeben seien, was die Gesundheitsversorgung sehr beeinträchtigt habe.

Die Teilnehmenden betonten, wie wichtig es sei, Synergien zu nutzen und darauf zu achten, keine Inselösungen zu entwickeln, sondern ressourcenschonend bestehende Lösungen den eigenen Bedürfnissen entsprechend weiterzuentwickeln. Nur mit solchen nachhaltigen und systemischen Zugängen sei es möglich, **SDG 3** (Gesundheit und Wohlergehen) weltweit erfolgreich umzusetzen.

### Sechs Arbeitsgruppen. Wissen bündeln. Grundlagen erarbeiten.

---

#### **AG Humanitäre Hilfe**

Jene Mitgliedsorganisationen der **AG GLOBALE VERANTWORTUNG**, die weltweit Menschen in akuten Notsituationen helfen, koordinieren ihre Arbeit im Rahmen der **Arbeitsgruppe Humanitäre Hilfe**. Sie thematisieren Herausforderungen der Humanitären Hilfe, etwa wie schwierig der Zugang zu Menschen in Not in Kriegsgebieten ist.

Die **AG Humanitäre Hilfe** formulierte 2021 konkrete Verbesserungsvorschläge für die *Strategie der Huma-*

*nitären Hilfe der Republik Österreich*, beispielsweise sogenannte vergessene Krisen in ihr abzubilden und mehrjährige sowie planbare Hilfe als strategisches Element in ihr zu verankern. Denn gerade für vergessene und langanhaltende Krisen, in denen eine große Anzahl von Menschen über einen langen Zeitraum Krankheiten und dem Verlust ihrer Lebensgrundlagen ausgesetzt sind, ist mehrjährige und planbare Hilfe grundlegend.

#### **AG Inklusion und Entwicklung**

Menschen mit Behinderungen machen in etwa 15 % der Weltbevölkerung aus. In Ländern des Globalen Südens sind bis zu 90 % der Menschen mit Behinderungen arbeitslos. Vielen Kindern mit Behinderungen wird bis heute der Zugang zur Schule verweigert. Deshalb setzt sich die **Arbeitsgruppe Inklusion und Entwicklung** dafür ein, dass alle Maßnahmen und Programme der österreichischen Entwicklungspolitik explizit vulnerable Gruppen fördern und integrieren.

Die Arbeitsgruppe machte 2021 Vorschläge für die Entwürfe des *Dreijahresprogramms der österreichischen Entwicklungspolitik 2022–2024* und der *Strategie der Humanitären Hilfe der Republik Österreich*, brachte sich in den *Nationalen Aktionsplan Menschen mit Behinderungen 2021–2030* ein und erarbeitete ein Briefingpapier über Grundlagen der Inklusion.

#### **AG Kofinanzierung**

Die **Arbeitsgruppe Kofinanzierung** thematisiert unterschiedliche Finanzierungsinstrumente und administrative Änderungen im Rahmen finanzieller Förderungen seitens der **EU** und Österreichs für Projekte der **EZA, HUMANITÄREN HILFE** sowie entwicklungspolitischen Inlandsarbeit und Bildung.

Sie formuliert Grundlagen für Stellungnahmen, wie beispielsweise jene, in der wir die EU darauf hingewiesen haben, entwicklungspolitische zivilgesellschaftliche Organisationen in die Programmplanung frühzeitig einzubeziehen. Gemeinsam mit der Arbeitsgruppe organisierten wir 2021 unter anderem ein Webinar über Projektdurchführung, Berichts- und Abrechnungswesen von EuropeAid-Projekten.



FOTO BULLEN CHOL

# ARBEITSGRUPPEN



FOTO WORLD VISION



FOTO IEZ

## **AG** Landwirtschaft und Entwicklung

Die **Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Entwicklung** setzt sich dafür ein, dass die österreichische und europäische Agrarpolitik kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft sowie nachhaltige Ernährungssysteme in Ländern des Globalen Südens fördert.

Im Jahr 2021 gab es dazu mehrere Gelegenheiten, zum Beispiel im Rahmen der *UN-Deklaration über die Rechte von Kleinbäuer\*innen*, des *EU-Mercosur-Abkommens*, des *Food System Summit*, der *UN-Biodiversitätskonferenz*, der *Universellen Menschenrechtsprüfung* sowie des zivilgesellschaftlichen Berichts über Österreichs Pflichten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte weltweit zu verwirklichen.

## **AG** Migration und Entwicklung

Entwicklungspolitik kann dazu beitragen, Ursachen von Flucht, Vertreibung oder Migration zu mindern. Jedoch ist es nicht Aufgabe von Entwicklungspolitik, Migration zu verhindern. Zentrales Anliegen der **Arbeitsgruppe Migration und Entwicklung** ist es, diese Zusammenhänge zu thematisieren.

2021 widmete sie sich in einem Briefingpapier Vertreibung als negativer Folge der Klimakrise. Die Klimakrise zerstört die Lebensgrundlagen der ärmsten Menschen dieser Welt, obwohl sie am wenigsten zu ihr beitragen. Die Politik ist aufgerufen, Klimagerechtigkeit sowie entsprechende entwicklungspolitische Maßnahmen zu forcieren, die die Auswirkungen der Klimakrise mildern und es Menschen ermöglichen, sich an diese anzupassen.

## **AG** Plattform entwicklungspolitische Inlandsarbeit

In unserer globalisierten Welt hängt vieles zusammen: Wie wir leben, konsumieren und produzieren hat Auswirkungen auf Klima, Umwelt und das Leben von Menschen in anderen Weltregionen. Um der Verantwortung in einer vernetzten Welt gerecht zu werden, braucht es Wissen, Verstehen und entsprechendes Handeln mit Blick auf wechselseitige Abhängigkeiten.

Die **Arbeitsgruppe Plattform entwicklungspolitische Inlandsarbeit** hat sich zum Ziel gesetzt, diese

weltweiten Zusammenhänge sichtbar zu machen, über Ungleichheiten auf der Welt zu informieren und zu zeigen, wie Menschen anderswo leben. Sie fördert *Globales Lernen* und einen Dialog über Grenzen hinweg, der dazu beitragen soll, unsere Welt ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechter zu gestalten.

Unsere Aktivitäten.

Für ein menschenwürdiges Leben für alle.

Auf einem gesunden Planeten.

Mehr auf [www.globaleverantwortung.at](http://www.globaleverantwortung.at)

---

## Gespräche

# 204

Im persönlichen Austausch diskutierten wir unter anderem mit Vizekanzler Werner Kogler, Bundesministerin Karoline Edtstadler, Bundesminister Alexander Schallenberg, Botschafterin Désirée Schweitzer und anderen Vertreter\*innen des **BMEIA**, entwicklungspolitischen Sprecher\*innen der Parteien und Parlamentarier\*innen, wie Österreichs Entwicklungspolitik im Sinne des Regierungsprogramms verbessert oder die Umsetzung der **AGENDA 2030** in und durch Österreich vorangetrieben werden könnte.

In Gesprächen mit Bundesministerin Alma Zadić und Bundesminister Wolfgang Mückstein wiesen wir etwa auf Menschenrechtsverletzungen entlang von Lieferketten hin und thematisierten, wie ein entsprechendes Gesetz dazu beitragen könnte, Menschenrechte und Umweltstandards zu schützen. Mit Vertreter\*innen des **BMF** und **BMEIA** erörterten wir Möglichkeiten, wie Österreichs Steuerpolitik mehr zu Armutsbekämpfung

und nachhaltiger Entwicklung im Globalen Süden beitragen könnte. Wir nahmen an Konsultationen teil; beispielsweise schlugen wir dem **BMLRT** vor, den *Masterplan Rohstoffe 2030* stärker an der **AGENDA 2030** auszurichten..

Wir führten den Dialog mit Abgeordneten zum Europäischen Parlament, Vertreter\*innen des **BKA**, **BMDW**, **BMJ**, **BMK**, **BMKÖS**, **BMSGPK**, der **OESTERREICHISCHEN ENTWICKLUNGSBANK**, der **WKO** und anderen Stakeholder\*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft weiter, um die vielfältigen Potenziale der **AGENDA 2030** aufzuzeigen und sie dafür zu gewinnen, diese gemeinsam mit uns umzusetzen.

Den neuen Geschäftsführer der **ADA**, Botschafter Friedrich Stift, lernten wir Mitte Juli kennen und setzten den intensiven Austausch mit ihm sowie den Mitarbeiter\*innen der **ADA** unter anderem über administrative Rahmenbedingungen in der Projektarbeit fort.

## Veranstaltungen

# 49

Bei öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, Runden Tischen, Fachtagungen und Arbeitssitzungen informierten wir Interessierte wie auch Stakeholder\*innen über aktuelle Herausforderungen durch multiple Krisen und diskutierten Lösungsansätze für ihre Bewältigung. Besonderes Augenmerk legten wir auf den möglichen Beitrag, den die Entwicklungspolitik Österreichs dafür leisten könnte, etwa beim **SDG DIALOGFORUM**.

Bei einem Workshop mit Expert\*innen thematisierten wir Probleme, die durch die modernisierte Berechnung der **ODA** in den letzten Jahren entstanden waren und schlugen mögliche Lösungen vor. Wir luden zu einer Diskussion über Menschenrechte und erarbeiteten im Anschluss an **COP26** – die Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Glasgow – gemeinsam mit Expert\*innen entwicklungspolitische Empfehlungen, um Klimagerechtigkeit im Globalen Süden zu fördern.



Darüber hinaus wirkten wir auf zahlreichen Podien mit oder hielten Vorträge. So informierten wir etwa über den Stand der Umsetzung der **AGENDA 2030** in und durch Österreich auf den Universitäten Wien und Graz. Bei einem Webinar von **SDG WATCH EUROPE** referierten wir über den ersten **FREIWILLIGEN NATIONALEN BERICHT ZUR UMSETZUNG DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNGSZIELE/SDGs**, gleiches bei einem Runden Tisch im Anschluss an das **SDG BUSINESS FORUM 2021**.

## Weiterbildungen

**11** Zur Unterstützung unserer Mitgliedsorganisationen organisierten wir 2021 diverse Weiterbildungen. So betonten wir bei einem Social-Media-Training die Vorteile von *Human-Centered Content* und informierten über die Antiterrorismusagenda der EU. Drei Weiterbildungen organisierten wir zu *Gender-Mainstreaming*: Einen Workshop zum *Gender-Aktionsplan 2021-2025* der **EU** sowie je ein Training zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit in Projekten der **HUMANITÄREN HILFE** und **EZA**.

## Schriftliche Stellungnahmen

**218** In Briefen an zahlreiche Politiker\*innen, unter anderem an Bundesminister Alexander Schallenberg und Bundesminister Michael Linhart, thematisierten wir die Auswirkungen multipler Krisen auf Menschen im Globalen Süden und die Notwendigkeit, Impfbegleitmaßnahmen zu fördern, damit mehr Menschen auch in Ländern des Globalen Südens geimpft werden können. Vor diesem Hintergrund und anlässlich des Beschlusses für das Budget 2022 appellierten wir mehrfach an die Bundesregierung, bilaterale Projektmittel (wie im Regierungsprogramm vorgesehen) zu erhöhen.

Wir bezogen auch zu steuerpolitischen Dokumenten Stellung und empfahlen etwa das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Österreich und Brasilien abzu-

ändern. Wir adressierten konkrete Umsetzungsvorschläge an Bundesminister Gernot Blümel, damit auch Länder des Globalen Südens von einer Reform des internationalen Steuersystems profitieren können.

Wir ersuchten um Begründung, warum Österreich die bei der *Universellen Menschenrechtsprüfung* erhaltene Empfehlung, einen *Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte* auszuarbeiten, ablehnte und regten an, noch offene Empfehlungen anzunehmen. In vier Briefen an das OECD Development Assistance Committee, die wir gemeinsam mit 33 weiteren Organisationen verfassten, zeigten wir auf, dass es die **ODA** verzerren würde, sollten Staaten Ausgaben im Zusammenhang mit COVID-19-Impfstoffen (beispielsweise Impfstoffspenden an ärmere Länder) in ihre **ODA** einrechnen dürfen.



FOTO MEER ABDULLAH RASIKH/AFGHAN RED CRESCENT



## Die **Zivilgesellschaft** als wichtige Partnerin

**E**ine starke Zivilgesellschaft ist Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. Zivilgesellschaftliche Organisationen geraten in vielen Ländern der Erde jedoch immer mehr unter Druck, ihre Handlungsräume werden vielerorts eingeschränkt. Daher setzen wir uns in all unseren Aktivitäten für eine Beteiligung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen ein.

Darüber hinaus sind wir Mitglied mehrerer zivilgesellschaftlicher Bündnisse: **SDG WATCH AUSTRIA** ist eine zivilgesellschaftliche Plattform mit rund 215 Organisationen aus unterschiedlichen Bereichen, beispielsweise Bildung, Gesundheit, Frauen, Umwelt, Frieden und nachhaltige Entwicklung. **SDG WATCH AUSTRIA** informiert über die **AGENDA 2030** und ihre **SDGs** und setzt sich im Dialog mit Politiker\*innen sowie Verwaltung für deren ambitionierte Umsetzung ein. Als Gründungsmitglied und Teil der Steuerungsgruppe der Plattform fokussieren wir vor allem auf strukturelle Maßnahmen, die das Erreichen der **SDGs** beschleunigen sollen. Dazu zählen beispielsweise die strukturierte und stärkere Einbindung von Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Parlament in den Umsetzungsprozess.

**CONCORD – EUROPEAN NGO CONFEDERATION FOR RELIEF AND DEVELOPMENT** ist der europäische Dachverband für entwicklungspolitische **NROs** in Brüssel. 28 nationale Dachverbände sowie 20 Netzwerke sind

Mitglied. Insgesamt vertritt **CONCORD** über 2.600 entwicklungspolitische **NROs**. Wir setzen uns gemeinsam mit **CONCORD** dafür ein, dass die Politik der **EU** nachhaltige Entwicklung auf Basis der Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, Gerechtigkeit und Demokratie fördert sowie weltweite Armut verringert. Wir arbeiteten auch 2021 in den thematischen Arbeitsgruppen, an diversen Publikationen und Projekten von **CONCORD** mit; beispielsweise an einer Analyse darüber, wie ausgewählte EU-Staaten und die Europäische Kommission sicherstellen, dass politische Maßnahmen dazu beitragen, entwicklungspolitische Ziele (z.B.: Armutsbekämpfung) zu erreichen und sie nicht zu konterkarieren.

Darüber hinaus sind wir Mitglied der **ALLIANZ FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT**, die sich sowohl für mehr Klimaschutz in Österreich als auch für internationale Klimagerechtigkeit einsetzt und Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen Klima und nachhaltiger Entwicklung schaffen will.

Das Ziel des **BÜNDNISSES FÜR GEMEINNÜTZIGKEIT**, dessen Mitglied wir ebenfalls sind, ist es, Rahmenbedingungen und Partizipation zivilgesellschaftlicher Organisationen in Österreich zu verbessern. 2021 gelang u. a. eine Neuauflage des **NPO**-Unterstützungsfonds im Rahmen der COVID-19-Hilfe.

## SDG Dialogforum 2021: *Building Forward Better*

**M**it dem Titel *Building Forward Better* mit der *Agenda 2030 – Gemeinsam für eine nachhaltige Entwicklung* nach COVID-19 luden Bundesverwaltung, **SDG WATCH AUSTRIA**, Ban Ki-moon Centre for Global Citizens und Naturhistorisches Museum am 28.09.2021 zum ersten **SDG DIALOGFORUM** ein. Rund 540 Teilnehmende, darunter Politiker\*innen, Expert\*innen und Stakeholder\*innen, verfolgten die Diskussionen, die im Zeichen von Handlungsoptionen und Innovationen nach COVID-19 standen.

Annelies Vilim, Geschäftsführerin der **AG GLOBALE VERANTWORTUNG** und Steuerungsgruppenmitglied von **SDG WATCH AUSTRIA**, betonte in ihren einleitenden Worten, dass COVID-19 die Umsetzung der **AGENDA 2030** beeinträchtigte und viele Errungenschaften nachhaltiger Entwicklung der letzten Jahrzehnte zunichte mache. So könne die Zahl jener Menschen, die als extrem arm gelte, also Menschen, die von weniger als 1,60 Euro pro Tag leben müssen, auf über eine Milliarde Menschen steigen. Es brauche einen Turbo, um rasch interdisziplinäre Lösungen zu erarbeiten, damit die **SDGs** doch noch erreicht würden.

Am Vormittag arbeiteten geladene Expert\*innen in vier sogenannten Innovationspools (1: Klimaschutz und Klimawandelanpassung; 2: Digitalisierung; 3: Frauen, Jugend und *Leaving No One Behind*; 4: Österreich im globalen Kontext) Handlungsoptionen und Fragen zu diesen Themenbereichen aus.

Die drei Bundesminister\*innen Karoline Edtstadler, Leonore Gewessler und Wolfgang Mückstein sowie Antonella Mei-Pochtler, Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers, und Nicola Brandt, Leiterin des OECD Centre Berlin, debattierten bei der anschließenden Podiumsdiskussion über die Ergebnisse der vier Innovationspools.

Die Teilnehmenden waren sich einig: Ganz im Sinne von **SDG 17** (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele) solle das **SDG DIALOGFORUM** der Auftakt für eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sein. Das zweite **SDG DIALOGFORUM** wird im Oktober 2022 stattfinden.

Nachzusehen und nachzulesen unter [www.globaleverantwortung.at/kurzbericht-sgd-dialogforum-2021](http://www.globaleverantwortung.at/kurzbericht-sgd-dialogforum-2021)



PHOTO: EUGÉNIE SOPHIE/BK/MC



FOTO TANJIR AHMED CHOWHURY/UNSPLASH.COM

## PR und Öffentlichkeitsarbeit in unsicheren Zeiten

Wir sind erst sicher, wenn alle sicher sind dominierte 2021 unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Im Laufe des Jahres appellierten wir wiederholt an die Bundesregierung, Menschen in Ländern des Globalen Südens nicht im Stich zu lassen und umfassend in krisenfitte Gesundheitssysteme, Impfbegleitmaßnahmen und internationale COVID-19-Maßnahmen zu investieren. So luden wir Ende Mai zu einer Online-Pressekonferenz, bei der Epidemiologin Eva Schernhammer betonte, wie wichtig es sei, auch auf anderen Kontinenten möglichst viele Menschen zu impfen, um die Ausbreitung von Virusvarianten zu unterbinden. *Ö1*, *Kathpress*, *Kronen Zeitung* und andere berichteten.

Mit Beginn des Krieges in Afghanistan wiesen wir darauf hin, dass Österreichs vielzitierte *Hilfe vor Ort* weit geringer ausfällt als häufig dargestellt (z.B.: Gastkommentar *Wiener Zeitung*, Interview *Moment*, Stellungnahme an die APA). *Ö1*, *Ö3* und weitere Medien

berichteten über unseren Appell an die Regierung, sie möge angesichts multipler Krisen bei den Budgetverhandlungen für das kommende Jahr die Mittel für bilaterale Hilfe ihrem Regierungsprogramm entsprechend umfassend ausweiten.

*FM4* bat anlässlich der *Universellen Menschenrechtsprüfung* zum Interview. Mehrfach durften wir uns zur **AGENDA 2030** einbringen, etwa in einer Podcastfolge des *Freien Radios Oberösterreich* oder in einem Gastbeitrag des *BOKU-Magazins*.

Für die Jubiläumsausgabe der *Presse am Sonntag* beantwortete Geschäftsführerin Annelies Vilim die Frage *Was darf, was soll der Mensch?* aus entwicklungs-politischer Perspektive. Und in der fünfteiligen Video-reihe *Neu denken heißt* der Raiffeisen Bank International sprach sie über die weltweite Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und wie Entwicklungspolitik dazu beitragen kann, humanitäre Krisen zu mildern.

## 34 Organisationen in 120 Ländern: Projekte unserer Mitgliedsorganisationen



Die **interaktive Projektlandkarte** auf unserer Webseite [www.globaleverantwortung.at/projektlandkarte](http://www.globaleverantwortung.at/projektlandkarte) macht die Expertise und langjährige Erfahrung unserer 34 Mitgliedsorganisationen in den Bereichen **ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT**, **HUMANITÄRE HILFE** sowie **ENTWICKLUNGSPOLITISCHE INLANDSARBEIT UND BILDUNG** sichtbar. Mit jährlich über 1.000 Projekten in 120 Ländern der Welt ermöglichen unsere Mitglieder gemeinsam mit lokalen Partner\*innen armen und notleidenden Menschen Lebensperspektiven. Die Projektlandkarte, die auch die Suche nach Kooperationspartner\*innen in Ländern des Globalen Südens erleichtert, erreichte 2021 rund 48.000 Personen.



## Bilanz 2021

### Aktiva (zum 31.12.2021)

<b>A. Anlagevermögen</b>	
<b>I. Sachanlagen</b>	
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	616
<b>II. Finanzanlagen</b>	
	0
	<b>616</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>	
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>	
1. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	3.600
<b>II. Kassabestand, Schecks, Guthaben bei Kreditinstitut</b>	
1. Bankguthaben	243.693
2. Kassabestand	101
	<b>247.394</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	
1. Passive Rechnungsabgrenzung	0
	<b>0</b>
<b>SUMME AKTIVA</b>	<b>248.010</b>

### Passiva (zum 31.12.2021)

<b>A. Vereinsvermögen</b>	
<b>I. Vereinskaptal</b>	31.769
<b>II. Gewinnrücklagen</b>	
1. Rücklage für statutarische Zwecke	119.805
2. Rücklage für Humanitären Kongress	11.717
<b>III. Bilanzgewinn</b>	
	13.448
	<b>176.739</b>
<b>B. Rückstellungen</b>	
1. Sonstige Rückstellungen	11.164
	<b>11.164</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	
1. Sonstige Verbindlichkeiten	14.388
	<b>14.388</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	
1. Passive Rechnungsabgrenzung	45.719
	<b>45.719</b>
<b>SUMME PASSIVA</b>	<b>248.010</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung 2021

<b>Erträge</b>	
<b>Eigenmittel</b>	
Mitgliedsbeiträge	285.228
Öffentliche Gelder Inland	151.310
Öffentliche Gelder Ausland	0
Finanzierung Humanitärer Kongress	488
Sonstige Einnahmen	0
Erlöse weiterverrechneter Kosten	0
<b>SUMME ERTRÄGE</b>	<b>437.026</b>
<b>Aufwendungen</b>	
Projektaufwand	-21.778
Personalaufwand	-359.566
Abschreibungen	-1.347
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-49.305
<b>SUMME AUFWENDUNGEN</b>	<b>-431.997</b>

<b>Betriebserfolg</b>	<b>5.029</b>
<b>Finanzerfolg</b>	<b>-819</b>
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>4.210</b>
Rücklage	-7.000
<b>Jahresüberschuss nach Bildung von Rücklagen</b>	<b>-2.790</b>
<b>Gewinnvortrag aus dem Vorjahr</b>	<b>16.239</b>
<b>BILANZGEWINN</b>	<b>13.448</b>

Alle Angaben in Euro.

## Mitgliedsorganisationen 2021

- ADRA Österreich
  - Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs
  - CARE Österreich
  - Caritas Österreich
  - CONCORDIA – Verein für Sozialprojekte
  - Diakonie ACT Austria gem. GmbH
  - Dreikönigsaktion
  - Fairtrade Österreich
  - Hilfswerk International
  - HOPE´87
  - HORIZONT 3000
  - ICEP – Verein für globale Entwicklung
  - IUFE – Institut für Umwelt, Frieden und Entwicklung\*
  - IZ – Verein zur Förderung von Vielfalt, Dialog und Bildung
  - Jugend Eine Welt – Don Bosco Aktion Österreich
  - Katholische Frauenbewegung Österreich
  - Klimabündnis Österreich
  - LICHT FÜR DIE WELT
  - Menschen für Menschen – Karlheinz Böhm's Äthiopienhilfe
  - Oikocredit Österreich
  - Oikodrom – The Vienna Institute for Urban Sustainability\*
  - Österreichisches Rotes Kreuz
  - SID – Society for International Development\*
  - SOL – Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil\*
  - SOS-Kinderdorf Österreich
  - Südwind Verein für Entwicklungspolitik und globale Gerechtigkeit
  - Tierärzte ohne Grenzen\*
  - VIDC – Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation
  - Volkshilfe Solidarität
  - Welthaus Diözese Graz-Seckau
  - Welthaus Linz
  - Welthaus Katholische Aktion Wien\*
  - WIDE – Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven\*
  - World Vision Österreich
- Mit \* gekennzeichnete Organisationen sind assoziierte Mitglieder.

## Kooperationspartnerinnen

- KOO – Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission
- ÖFSE – Österreichische Forschungsförderung für Internationale Entwicklung

## Abkürzungen

- |   |  |
|---|--|
| <b>ADA</b> Austrian Development Agency  | <b>BMK</b> Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie               |
| <b>AKF</b> Auslandskatastrophenfonds  | <b>BMLRT</b> Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus  |
| <b>BKA</b> Bundeskanzleramt   | <b>BMSGPK</b> Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz                             |
| <b>BMDW</b> Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort         | <b>BNE</b> Bruttonationaleinkommen   |
| <b>BMEIA</b> Bundesministerium für Europäische und internationale Angelegenheiten | <b>FAO</b> Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agricultural Organization) |
| <b>BMF</b> Bundesministerium für Finanzen   |  |
| <b>BMJ</b> Bundesministerium für Justiz   |  |
| <b>BMKÖS</b> Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport   |  |

## Vorstand 2021

**Mag. Walter Hajek, MBA**

Österreichisches Rotes Kreuz (Vorsitzender)

**Mag. Robert Wolfsberger**

CARE Österreich (stellv. Vorsitzender)

**Mag.<sup>a</sup> Erika Tschoföni**

Licht für die Welt (Finanzverantwortliche)

**MMag. Daniel Bacher, MIM**

Dreikönigsaktion

**Mag. Andreas Balog**

Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs

**Mag.<sup>a</sup> Elisabeth Hauser**

SOS-Kinderdorf Österreich

**Dipl.-Ing. Andreas Knapp**

Caritas Österreich

**Mag.<sup>a</sup> Ines Zanella**

Südwind Verein für Entwicklungspolitik  
und globale Gerechtigkeit

*Kooptiertes Mitglied:*

**Dr. Michael Obrovsky**

ÖFSE – Österreichische Forschungsstiftung  
für Internationale Entwicklung

## Team

**Mag.<sup>a</sup> Annelies Vilim**

Geschäftsführerin

**Gabriel Eyselein, BA**

Assistent des entwicklungspolitischen Referats

**Roland Bauer**

Kampagnenleiter

**Mag.<sup>a</sup> Heidi Götsch**

Fachreferentin für Personal und Finanzen,  
Assistentin der Geschäftsführung

**Mag.<sup>a</sup> Karin Kuranda, MSc**

Fachreferentin für Entwicklungspolitik

**Hannah Hauptmann, MA**

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

**Mag.<sup>a</sup> Ilona Reindl, PhD**

Fachreferentin Wirtschaft und Entwicklung

**Mag.<sup>a</sup> Sophie Veßel, E.MA**

Fachreferentin für Entwicklungspolitik

**FNU** Freiwilliger Nationaler Bericht zur  
Umsetzung der Nachhaltigen  
Entwicklungsziele/SDGs

**IFIs** Internationale Finanzinstitutionen

**NPO** Non-Profit-Organisation

**NRO** Nichtregierungsorganisation

**ODA** Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen  
(Official Development Assistance)

**OECD** Organisation for Economic Co-operation  
and Development

**SDGs** Sustainable Development Goals

**UNHCR** Flüchtlingshilfswerk der Vereinten  
Nationen (United Nations High  
Commissioner for Refugees)

**UNO** Organisation der Vereinten Nationen  
(United Nations Organization)

**WFP** Welternährungsprogramm der Vereinten  
Nationen (World Food Programme)

**WKO** Wirtschaftskammer Österreich



FOTO TESFANESH TADESE

## Globale Verantwortung

Apollogasse 4/9, 1070 Wien

**Telefon** 01 522 44 22-0

**Email** [office@globaleverantwortung.at](mailto:office@globaleverantwortung.at)

**Website** [www.globaleverantwortung.at](http://www.globaleverantwortung.at)

GEFÖRDERT DURCH DIE  
 ÖSTERREICHISCHE  
ENTWICKLUNGS  
ZUSAMMENARBEIT